



Herrn Stadtrat  
Hans Podiuk  
Fraktionsvorsitzender der  
Stadtratsfraktion der CSU  
Marienplatz 8

80331 München

03.06.2005

**SPD und Grüne wollen völlige Abschaffung der Eigenheimzulage –  
Keht SPD der Wohnungspolitik für Familien den Rücken?**

Schriftliche Anfrage gemäß § 68 GeschO  
von Herrn Stadtrat Hans Podiuk vom 03.05.2005

Sehr geehrter Herr Podiuk,

zu Ihrer Anfrage vom 3. Mai 2005 kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

**Frage 1:**

**Treffen die Presseberichte zu? Will Rot-Grün tatsächlich die komplette Abschaffung der Eigenheimzulage fordern?**

**Antwort:**

Eine Presseerklärung der Münchner Vorstände von SPD und Grünen hat sich zur Ausgestaltung der Eigenheimzulage negativ geäußert, weil dieses Instrument den Wegzug aufs Land bezuschusst und Verkehrsprobleme nach München trägt. Diese Kritik deckt sich nicht nur mit den Ausführungen von Alt-Bundespräsident Richard von Weizsäcker, sondern auch mit der Beschlusslage des Deutschen Städtetages.

**Frage 2:**

**Spiegelt dieser Beschluss auch die Meinung des Oberbürgermeisters wieder oder gibt es einen Dissens zwischen Rot-Grün und ihrem Oberbürgermeister?**

**Antwort:**

Da ich schon seit langem die Auffassung vertrete, dass wegen der Finanznot von Bund und Ländern die Tage der Eigenheimzulage in ihrer bisherigen Ausgestaltung gezählt sind, vertrete ich die Forderung, die Mittel, die für die Wohnungsbauförderung aufrecht erhalten werden können, auf Bereiche mit besonderem Bedarf zu konzentrieren, nämlich auf sanierungsbedürftige Wohnquartiere im Osten und auf den Neubau in Wachstumsregionen.

Dies entspricht auch dem letzten Beschluss des Münchner Bündnisses für Wohnungsbau. Entscheidend ist, dass bei der Debatte um die Abschaffung der Eigenheimzulage, wie sie jetzt auch von der CDU diskutiert wird, die Wohnungsbauförderung an sich nicht insgesamt vom Tisch gewischt wird.

**Frage 3:**

**Woher kommt dieser Sinneswandel? Warum hält Rot-Grün nicht an der Forderung der Regionalisierung fest?**

**Antwort:**

Sowohl die Münchner SPD als auch die Münchner Grünen unterstützen die Forderung nach einer Regionalisierung der Wohnungsbauförderung anstelle der bisherigen (flächendeckenden) Eigenheimzulage.

**Frage 4:**

**Verabschiedet sich Rot-Grün mit der generellen Abschaffung der Eigenheimzulage von der Förderung von Familien mit Kindern?**

**Antwort:**

Nein. Bei einer Bündelung der Wohnungsbauförderung auf Bereiche mit erhöhtem Bedarf könnte im Gegenteil die Familienförderung noch stärker betont werden, wie es die Stadt mit ihrem Programm „Wohnen in München III“ bereits getan hat.

**Frage 5:**

**Sieht der Oberbürgermeister nicht auch einen Widerspruch in der Begründung der Forderung? Angeblich fördere die Eigenheimzulage den Wegzug von Familien ins Umland. Ohne Eigenheimzulage gibt es für viele Familien aber gar keine Möglichkeit mehr, Eigentum in München zu erwerben. Sie werden dann erst Recht ins Umland abwandern.**

**Antwort:**

Die Eigenheimzulage wirkt in Hochpreisregionen relativ weniger stark als in Niedrigpreisregionen. Insofern fördert sie in Verbindung mit den steuerlichen Absetzungsmöglichkeiten für das Pendeln (Kilometer-Pauschale) tendenziell die Suburbanisierung ins fernere Umland (Gebiete außerhalb der Region 14 wie z. B. den Landkreis Kehlheim mit seinem deutlich niedrigeren Preisniveau).

Da das Preisgefälle zwischen der Landeshauptstadt München und dem Landkreis München nur gering ist, greift der genannte Effekt zwischen München und dem näheren Umland kaum. Ein Wegfall der Eigenheimzulage dürfte deshalb die Wanderungsbeziehungen zwischen der Landeshauptstadt und dem näheren Umland wohl nur wenig beeinflussen.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Ude

II. Abdruck von I.

**an das Planungsreferat – HA I**

mit der Bitte um Kenntnisnahme.

III. Abdruck von I. und II.

**an das Büro 2. Bürgermeisterin**  
**an das Büro 3. Bürgermeister**

jeweils mit der Bitte um Kenntnisnahme.

IV. Abdruck von I. bis III. – **per Mail**

**an das Presse- und Informationsamt**

mit der Bitte um Kenntnisnahme und der Bitte um Veröffentlichung in der Rathaus-Umschau.

V. Abdruck von I. bis IV.

**an D – HA II/V 1, z. Hd. Frau Riemesch**

mit der Bitte um Kenntnisnahme und der Bitte um abschließende Behandlung.

VI. **Wv BOB-GS**

Christian Ude